

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
ich spreche zu Euch als Vertreterin der NaturFreunde,
einer Organisation, die sich seit ihrer Gründung vor 126
Jahre, als Teil der Arbeiter*innenbewegung für Frieden
und Verständigung, für die Natur und Umwelt einsetzt.

82 Jahre nach dem Beginn des 2. Weltkriegs,
in einem Jahr in der sich zum achtzigsten Mal der
Überfall von NS-Deutschland auf Russland jährte,
In einer Zeit, in der die westliche Kriegsallianz, darunter
die Bundeswehr, Afghanistan fluchtartig verlassen hat
und trotz Luftbrücke Zehntausende afghanische
Menschen, die dieser Kriegsallianz (und auch
humanitären Organisationen) Dienste leisteten, in
einem ungewissen Schicksal zurückgelassen werden,
sind wir besorgt.

Wir sind besorgt über

den Aufbau neuer Feindbilder und das Wiedererstarren
nationaler Gefühle und Bewegungen, die nicht den
Frieden sichern, sondern Egoismus, Abgrenzung und
Feindseligkeit gegenüber anderen.

Wir sind besorgt über

die weiter bestehende Forderung, den Wehretat auf 2
Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, was
nicht nur den Frieden destabilisiert, sondern auch

notwendige staatliche Ausgaben im sozialen oder Umweltbereich verhindert.

Wir sind besorgt darüber,

dass es keine soziale und ökologische Weltinnenpolitik gibt, aber eine zunehmende Militarisierung der Außenpolitik.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Das 21. Jahrhundert droht zu einem Jahrhundert der Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe zu werden. Es bauen sich heute zwei Hochrisikofaktoren auf, die den Frieden weltweit gefährden.

Auf der einen Seite gibt es die neuen globalen Gefahren. Sehr viel schneller als wir uns das noch vor wenigen Jahren vorstellen konnten, steuern wir auf den verhängnisvollen Kipppunkt im Erdsystem zu, an dem das globale Zusammenspiel von Klimakrise, Ressourcenraubbau und Zerstörung der Biodiversität im Zusammenhang von Bevölkerungswachstum, sozialer Ungleichheit und nachholender Industrialisierung massive negative Synergien auslösen wird.

Auf der anderen Seite nimmt die Dynamik der Aufrüstung zu. Dabei sind es nur zehn Länder, auf die rund 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben entfallen. Ein besonderes Gewicht erhält dabei die Perfektionierung der Atomwaffenarsenale und die Installierung neuer autonomer Waffen. Deutschland

liegt weltweit bereits auf Platz 7 dieser traurig machenden Rangliste. In den letzten beiden Jahren hatte unser Land den höchsten prozentualen Zuwachs in dieser Spitzengruppe.

Die grundlegende Frage lautet: Was werden die reichen Klassen und Regionen tun, wenn sich die Klimakrise zuspitzt und es in der Folge eine weltweite Radikalisierung, Wasserknappheit, den Zusammenbruch landwirtschaftlicher Systeme und gewaltige Migrationsströme gibt? Was werden sie tun, wenn klar wird, dass weitreichende Veränderungen notwendig sind?

Die Gefahren werden sich nämlich schon bald dramatisch verschärfen, wenn folgende Fakten weiterhin verdrängt werden:

Das Klimasystem hat eine zeitliche Anpassung von mehreren Jahrzehnten. Was seit den 1980er Jahren an Treibhausgasen freigesetzt wurde, schafft Verhältnisse, die erst in der Zukunft in ihrer ganzen Tragweite sichtbar werden. So werden wir noch in diesem Jahrzehnt eine CO₂-Konzentration in der Troposphäre von 430 ppm erreichen, so dass dann eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius – wenn auch zeitversetzt - erreicht ist. Und, wenn es nicht sofort zu einer drastischen Senkung der Treibhausgase kommt,

spätestens zwei Jahrzehnte später zu einer Erwärmung um 2 Grad Celsius. Schon vorher werden Kipppunkte erreicht werden wie das Absterben der Korallenriffe, die Veränderung des thermohalinen Windbandes über dem Atlantik oder ein Auftauen von Permafrost, die durch die Freisetzung von Kohlenstoff den Prozess des Klimawandels rasant beschleunigen können.

Die Klimakrise ist ein globales Problem, aber die Folgen werden noch längere Zeit auf tragisch ungerechte Weise sozial, regional und zeitlich verteilt sein. Dabei sind die Hauptverursacher in der Regel nicht die Hauptbetroffenen. Die geographische Trennung von Emissionsquelle und Umweltfolgen ist es, die ein solidarisches Handeln enorm erschweren. So ist das reichste 1 Prozent der Welt für 15 Prozent der Emissionen verantwortlich, während Afrika mit 18 Prozent der Erdbevölkerung insgesamt nur auf 3 Prozent kommt. Wenn der reiche Teil der Erde versucht, sich in grünen Oasen des Wohlstands vom Rest der Welt abzuschotten, wird der Einsatz von Gewalt immer wahrscheinlicher.

Die Menschheit muss die ökologischen Grenzen des Wachstums beachten und von ihnen ausgehen. Das aber heißt, dass sich die Gestaltungs- und Verteilungsfrage völlig neu stellt. Dazu gehört auch eine notwendige Begrenzung, denn es wäre Selbstbetrug, die Verteilung der Chancen könne wie bisher durch

wirtschaftliches Wachstum weitergehen. Nein, wir brauchen eine Welt, die weder Mangel noch Überfluss kennt, wir brauchen eine gerechtere Welt.

Kriege fallen nicht vom Himmel. Die Ursachen liegen in ideologischen Kontroversen, wirtschaftlichen Interessen und ungelösten Konflikten. Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen. Die zunehmende Militarisierung der Welt muss beendet werden. Wir müssen uns mit aller Kraft für eine Zivilisierung des internationalen Zusammenlebens und für die Entschärfung der vielfältigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Konflikte einsetzen.

Deshalb fordern wir

Klimaschutz statt Aufrüstung.

Deshalb fordern wir:

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Vertrauen aufbauen, Perspektiven für eine ökologisch verträgliche Entwicklung und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.

Deshalb sagen wir: Bei der Bundestagswahl „Klimaschutz, Abrüstung und Entspannung wählen“.